

Anfrage an den Minister der Finanzen der Landes Nordrhein-Westfalen Herrn Lutz Lienenkämper und seine Antwort zur aktuellen Lage in der Bauwirtschaft

soleo*:

In dem aktuellen CDU-Wahlprogramm „Machen worauf es ankommt - Sicher, nachhaltig, solidarisch und stark „werden in Punkt 6 „Mieten, Bauen, und Wohnen“ konkrete Maßnahmen benannt.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage auf dem Bausektor? Teilen Sie die soleo*-Einschätzung möglicher Risiken wie:

- Die notwendige Schaffung von Wohnraum stoppt.
- Erforderliche und wünschenswerte Investitionen in Versorgungsstrukturen Wohnen und Pflege bleiben aus.
- Die Bauwirtschaft erfährt in Kürze eine dramatische Abschwächung der Auftragslage.

Lutz Lienenkämper:

Ich kann die von Ihnen geschilderte Situation in der Bauwirtschaft sehr gut nachvollziehen. Materialknappheit, Lieferengpässe bei Vorprodukten, hohe Preisanstiege bei Baumaterialien und der Fachkräftemangel haben bereits in der zweiten Jahreshälfte 2021 auf zahlreichen Baustellen die Bautätigkeit eingeschränkt oder zu einem vorübergehenden Baustopp geführt. Fast die Hälfte der Bauunternehmen in Nordrhein-Westfalen hat im Sommer 2021 über Einschränkungen zum Beispiel wegen des Materialmangels berichtet mit der Folge, dass sich der Fertigstellungstermin verzögert.

Im Ausbaugewerbe (Energetische Sanierungen) ist die Produktion deshalb zuletzt drastisch eingebrochen. Die russische Invasion in die Ukraine hat die bereits angespannte Situation erneut drastisch verschlimmert und wird zu noch stärkeren Beeinträchtigungen der Bauinvestitionen führen. Die Baupreise dürften daher im Jahr 2022 außerordentlich stark zulegen.

Erwartet wird eine Steigerung - ohne Ausweitung des Auftragsvolumens durch zusätzliche Maßnahmen - um über 10 Prozent. Die zusätzlichen Investitionen in das Energiesystem werden - soweit die erforderlichen Baumaterialien und die Fachkräfte überhaupt verfügbar sein werden – zu einem Verdrängungswettbewerb innerhalb der einzelnen Bausparten führen. Hiervon wird auch der Wohnungsbau, der eine hohe Priorität hat, betroffen sein.

Im Rahmen der öffentlichen Wohnraumförderung für das Jahr 2022 hat die Landesregierung hierauf reagiert. Das Programmvolumen wurde auf 1,3 Milliarden Euro aufgestockt, die Grunddarlehen wurden deutlich um 20 Prozent erhöht. Die Tilgungsnachlässe wurden ebenfalls weiter erhöht.

Die Maßnahmen auf Landesebene können aber nicht greifen, wenn zeitgleich der Bund faktisch dagegen arbeitet. Wir vermissen beim Bund den Willen und vor allem

auch die richtigen Maßnahmen, um die aktuellen Pläne umzusetzen und 400.000 Wohnungen im Jahr zu bauen. Stattdessen wird verhindert statt ermöglicht. Zentraler Knackpunkt ist die Verfügbarkeit von Bauland. Denn ohne Baugrundstücke, kein bezahlbarer Wohnraum und damit keine bezahlbaren Mieten. Zudem müssen geplante Bauvorschriften, und alles, was den Bau die kommenden Jahre verteuert, einem Realitätscheck unterzogen werden.

In dieser Zeit müssen die Preistreiber neu sortiert werden. Wir brauchen ein Baukosten-Moratorium, damit sich das Bauen nicht weiter immens verteuert. Das Ziel muss es sein, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Zudem muss bei der Neubauförderung der Bundesregierung das Förderchaos beendet werden. Es schadet dem Wohnungsbau und der Energieeffizienz massiv.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen wird sich beim Bund weiter für eine besser Förderpolitik einsetzen.

Lutz Lienenkämper
Minister der Finanzen
Nordrhein-Westfalen

soleo* dankt dem Minister für seine Stellungnahme!